

# Vereinigtes Königreich

David Allen / Michael Smith

2003 war für die britische Regierung ein besonders schwieriges Jahr, da sie mit der Unterstützung des militärischen Engagements der USA gegen den Irak Saddam Husseins eine kontroverse Politik betrieb. Diese Politik erwies sich daheim als so unpopulär, dass darunter die Stabilität der Regierung Blair litt und auch in der Europäischen Union wurde sie zum Zankapfel. Die Kontroverse über den Irakkrieg brachte darüber hinaus die Regierung Blair von ihrem erklärten Vorhaben ab, ein Referendum über die britische Beteiligung beim Euro zu organisieren und zu gewinnen. Die konstante Unpopularität der EU in Großbritannien, die ebenfalls zur weiteren Verzögerung des Euroreferendums beitrug, bedeutete auch, dass die britische Regierung dazu gezwungen wurde, ihre Haltung gegenüber dem Konvent zur Zukunft Europas in der folgenden Regierungskonferenz zu versteifen.

Die britische Unterstützung der USA im Fall Irak löste eine scharfe Auseinandersetzung mit Frankreich und Deutschland aus und diese Spaltung der EU wurde dadurch noch verschlimmert, dass Großbritannien Unterstützung von Italien und Spanien und besonders von den Beitrittsländern erhielt. In der ersten Jahreshälfte vergrößerten sich diese Spaltungen, doch in der zweiten Hälfte des Jahres waren Großbritannien und die anderen Mitgliedstaaten bemüht, sowohl die Konflikte innerhalb der EU, wie auch zwischen der EU und den USA, einzudämmen. Während des Jahres gelang es den deutsch-französischen Partnern nicht, in den zentralen Fragen effektiv zu führen, doch am Ende des Jahres hatten die „Großen Drei“ – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – signifikante Fortschritte vor allem im Verteidigungsbereich erzielt.

Weiter beeinträchtigt wurde die Glaubwürdigkeit Tony Blairs und seiner Regierung im Nachspiel zum Irakkrieg durch die Kelly-Affäre und die Spekulationen über die Ergebnisse der Hutton-Kommission. Diese war zur Untersuchung der Umstände eingesetzt worden. Dies hatte zum Selbstmord des wichtigen Beraters Blairs in der Frage der Massenvernichtungswaffen und ihrer wahrscheinlichen Existenz im Irak geführt. Ein BBC-Journalist hatte in einem Bericht nahe gelegt, dass das Geheimdienstpapier, auf das die Regierung ihre Entscheidung zum Krieg gestützt hatte, übertrieben und aufgebauscht worden war. Es wurde bekannt, dass Kelly die Quelle dieser Anschuldigungen gewesen sei. Kellys Tod warf die Frage nach der Angemessenheit des Verhaltens der Blair-Regierung auf und zwar sowohl hinsichtlich der genannten Gründe, in den Krieg zu ziehen, als auch hinsichtlich des dem Bericht folgenden Umgangs mit Kelly. Die Kelly-Affäre zusammen mit einem größeren Krach über die Frage der Hochschulgebühren sorgte dafür, dass sich die Blair-Regierung von europäischen Belangen abwandte und dass sich eine negative Kulisse für jede seriöse Überlegung zu einem Referendum über den Euro in der Legislaturperiode vor den nächsten Wahl (voraussichtlich 2005) bildete. Zum Jahresende war die Regierung Blair so abgelenkt und zudem so unpopulär, dass sie nicht in der Lage war, eine mutige Position zum Euro oder dem neuen Vertragsvertrag einzunehmen.

---

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

Im November 2003 wählten die britischen Konservativen Michael Howard zu ihrem neuen Vorsitzenden und ersetzen damit Ian Duncan-Smith. Howard, wie sein Vorgänger ein Euroskeptiker, steht der schwierigen Aufgabe gegenüber, die Konservative Partei, die über die Europafrage tief gespalten ist, zu einen und zu einer effektiven Opposition zu formen – und dies vor dem Hintergrund einer zunehmenden Herausforderung durch die United Kingdom Independence Party (UKIP). Die UKIP, deren verbesserte Position in den Umfragen von 2003 ihren Erfolg in den Europawahlen von 2004 bereits erahnen ließ, ist gegen die britische Teilnahme am Euro und tritt offen für den britischen Austritt aus der EU ein. Auf diese Weise droht sie vor allem der Konservativen Partei Stimmen wegzunehmen, mit dem Ergebnis, dass beide Parteien der Rechten um die Stimmen der Europagegner kämpfen und dies zum weiteren Aufleben anti-europäischer Stimmungen unter den britischen Wählern führt. Das Anschwellen des Euroskeptizismus in Großbritannien wurde außerdem durch die Ankündigung der einflussreichen Murdoch-Blätter angeheizt, dass sie ihre Unterstützung von Labour zu den Konservativen verlagern würden, wenn Michael Howard eine effektive anti-europäische Ausrichtung der Konservativen Partei organisieren könnte.

### Institutionelle Fragen

2003 wurde die britische Regierung mit dem Abschluss der Arbeit des Konvents zur Zukunft Europas<sup>1</sup> und der folgenden Regierungskonferenz konfrontiert. Zu Beginn des Konvents war die Position der britischen Regierung recht positiv. Blair war anscheinend daran interessiert, über die Verhandlungen zum neuen Vertrag sein erklärtes Ziel voranzubringen, die EU und den Euro den britischen Wählern besser zu „verkaufen“. In dieser Hinsicht hatte Blair einiges aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und sah die Notwendigkeit, die Vorteile Großbritanniens als EU-Mitglied und seines Einflusses in der EU herauszustreichen. Hinsichtlich des Euro-Referendums sah Blair im Konvent auch die Chance, zwischen den politischen Argumenten über die zukünftige EU und den rein ökonomischen Überlegungen zu den Vorteilen des Euro unterscheiden zu können.

Großbritanniens ermutigende Sicht der Debatte zur Zukunft Europas wurde durch eine sehr positive Bewertung Anfang 2003 zu den bis dahin erreichten Ergebnissen des Konvents demonstriert wie auch durch die Betonung der Notwendigkeit einer institutionellen Balance innerhalb der EU. Blair sprach in einem Versuch, die negative Wahrnehmung der europäischen Institutionen in der britischen Öffentlichkeit zu verbessern, freundlich über die Rolle der Kommission (und auch die des Gerichtshofs). Jedoch wurde diese positive Ausrichtung im Laufe des Jahres nicht durchgehalten und als Blair zu Hause unpopulär wurde und der öffentliche Unwille gegenüber der EU wuchs, zog sich die Regierung auf die traditionell reservierte Haltung zurück. Zum Abschluss des Konvents hin argumentierte Großbritannien engagiert für eine Stärkung des Europäischen Rats und des Ministerrats und für eine Schwächung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments. Großbritannien lehnte den Titel eines europäischen Außenministers ab und bestand darauf, dass der- oder diejenige ausschließlich dem Rat Rechenschaft abzulegen habe, obwohl er oder sie auch Mitglied der Europäischen Kommission wäre. Darüber hinaus betonte die britische Regierung einmal mehr, dass sie das britische Volk vor Fort-

---

<sup>1</sup> Vgl. Anand Menon: *Leading From Behind: Britain and the European Constitutional Treaty*, Research and European Nr. 31, Notre Europe, January 2004, 2004, S. 41-50.

schritten der EU „schützen“ werde, indem sie auf der Beibehaltung der Einstimmigkeit bei allen außen-, verteidigungs-, steuer- und haushaltspolitischen Entscheidungen bestünde. Am Ende hatte die britische Regierung zwar im Großen und Ganzen den Vertragsentwurf, den sie sich erhofft hatte, doch auf Kosten eines Fortschritts in der weit schwierigeren Aufgabe, die britische Bevölkerung von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft zu überzeugen. Am Ende des Konvents und während der Regierungskonferenz legte die britische Regierung ihren Bürgern nahe, an einen Vertrag zu glauben, von dem sie behauptete, dass er wenig verändere und für den sie in Anspruch nahm, dass sie ihn insoweit abgeändert habe, dass die Interessen der Mitgliedsländer gewahrt blieben. Das Ergebnis dieses Kurses war, dass die Briten eher in ihren Vorurteilen gegenüber der EU bestärkt wurden, als dass sie sie fundamental verändert hätten. In ihrer enthusiastischen Unterstützung für einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rats, für mehr Macht der nationalen Parlamente und für eine sehr begrenzte Anwendung der Grundrechtecharta scheint die britische Regierung einmal mehr, wie alle ihre Vorgängerinnen, sich nicht als führend in der Entwicklung der EU, sondern in ihrer Rolle als Gegner unsinniger Ambitionen europäischer Föderalisten profilieren zu wollen.

Zu der Zeit, in der die italienische Präsidentschaft (erfolglos) versuchte, die Regierungskonferenz auf dem Brüsseler Gipfel im Dezember zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, schien es so, als hätte sich die britische Regierung von jeder Dringlichkeit eines Abschlusses des Vertrags und seiner Präsentation gegenüber den britischen Bürgern verabschiedet. Die Entscheidung, die Euro-Einführung auf die Zeit nach den Wahlen 2005 oder 2006 zu verschieben, bedeutete, dass der Druck soweit es die britische öffentliche Meinung betraf von der Regierung Blair genommen war. Da keine unmittelbar bevorstehende Einführung des Euro zur Diskussion stand, wurde auch kein Referendum notwendig (zu diesem Zeitpunkt bekräftigte die britische Regierung jedoch weiterhin die Vorstellung, dass es ein Referendum zur Ratifizierung des neuen Vertrags geben müsse) und so scheint es, dass Blair seine Meinung, die Briten müssten von einer positiveren Sicht der EU überzeugt werden, geändert hat. Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs unterstützte die britische Regierung taktisch die spanischen und polnischen Forderungen, die Stimmengewichtung von Nizza beizubehalten und nicht durch die Vorschläge des Konvents zu ersetzen. Auf dem Brüsseler Gipfel soll es Stimmen gegeben haben, die aus Chiracs Sicht dem britischen Premier die Verantwortung für das Scheitern des Gipfels zuwiesen.<sup>2</sup>

Großbritanniens Rolle war jedoch nicht völlig kontraproduktiv und es übernahm, wie wir später noch sehen werden, zusammen mit Frankreich und Deutschland eine führende Rolle in den Verhandlungen über annehmbare Klauseln zur engen und strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, über die Einrichtung einer Rüstungsagentur und bei dem strittigen Thema einer eigenen militärischen Kommando- und Planungseinheit für autonome militärische Aktionen der EU. Im September veröffentlichte das britische Ministerium für Äußeres und das Commonwealth ein Weißbuch mit einer Einleitung Tony Blairs, die die britische Position zusammenfasste und sie als weitgehend in Übereinstimmung mit der in den letzten Jahren vertretenen Position identifizierte, auch wenn Blair zu Beginn seiner Amtszeit sich von der europapolitischen Haltung seiner Vorgänger noch distanziert hatte.<sup>3</sup> In seiner

<sup>2</sup> Ebd., S. 49.

<sup>3</sup> Foreign and Commonwealth Office: A Constitutional Treaty for the EU: The British Approach to the European Union Intergovernmental Conference 2003, Command 5934, September 2004.

Einleitung schrieb Blair: „Der Text des Konvents stellt klar, dass die EU eine Union der Nationalstaaten ist und dass sie nur die Macht hat, die ihr die Regierungen gegeben haben. Sie ist kein föderaler Superstaat und sie wird keiner sein. Der Text bekräftigte die Rolle der nationalen Parlamente in der Union. Und er schlägt die neue Position eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rats vor. Dies bedeutete eine „größere Verantwortlichkeit gegenüber den Regierung wie eine größere Effizienz“.<sup>4</sup>

Das Weißbuch dokumentierte weiter detailliert die britische Position in allen Aspekten des vorgelegten neuen Vertragsentwurfs. Großbritannien unterstützte die neue Vertragsstruktur, aber nur, da es die speziellen Arrangements der GASP und Teile der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres als gewahrt ansieht. Großbritannien stellte klar, dass es die Rechtspersönlichkeit der EU unterstützt, dass es aber keinen Vorschlag gutheißt, der darauf hinauslaufen könnte, dass Großbritannien seinen individuellen Sitz als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats räumen müsste. Großbritannien unterstützte die Idee einer ständigen Ratspräsidentschaft, lehnte aber die Idee eines gesetzgebenden Rats ab und bevorzugte stattdessen die Beibehaltung der gesetzgebenden Funktion und die rotierende Präsidentschaft in den sektoriellen Räten. Wie oben erwähnt akzeptierte Großbritannien die Schaffung des Postens eines europäischen Außenministers (wenn es den Briten auch lieber wäre, dass der Titel eines Hohen Repräsentanten beibehalten werden würde), vorausgesetzt er oder sie bliebe letztendlich dem Rat gegenüber verantwortlich. Großbritannien betrachtete Abstriche an seinem Haushaltsrabatt als nicht verhandelbar, konnte sich aber auf ein reformiertes System einlassen, das allen Nettozahlern Nachlässe einräumt. Das Weißbuch akzeptierte die Klärung der EU-Kompetenzen, meldete aber Vorbehalte gegenüber einer Ausweitung der Kompetenzen im Bereich der Energie, des geistigen Eigentums, des Sports und der Verwaltungszusammenarbeit an. Als ein führender Anwalt des Subsidiaritätsprinzips begrüßte die britische Regierung die mögliche Einbeziehung der nationalen Parlamente bei der Durchsetzung dieses Prinzips. Zum Thema der qualifizierten Mehrheitsabstimmung und dem Mitentscheidungsverfahren akzeptierte die britische Regierung nun, dass dies das Regelverfahren der EU-Gesetzgebung sein soll (die Briten würden sogar eine Ausdehnung zur Einbeziehung der Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung begrüßen); die Einstimmigkeit blieb bei Vertragsänderungen, bei Steuerfragen, bei den sozialen Sicherungssystemen, in der GASP, im Verteidigungsbereich, bei Schlüsselbereichen der Strafverfahrgesetzgebung und beim System der Haushaltseigenmittel.<sup>5</sup>

Die britische Regierung änderte eindeutig ihre Politik gegenüber der EU im Laufe des Jahres 2003 von der Haltung einer generellen Unterstützung des Konvents und einer Entschlossenheit, die öffentliche Meinung der Briten gegenüber Europa in den Griff zu bekommen, zu einer eher traditionell defensiven, anti-föderalistischen britischen Haltung. Wie Menon bemerkt, war „der zentrale Grund hinter dieser veränderten Haltung natürlich die Innenpolitik“.<sup>6</sup> Die neue negative Einstellung „entsprang dem Wunsch, dem kurzfristigen politischen Druck auszuweichen“.<sup>7</sup> Im Dezember 2003 überraschte Gisela Stuart, britische Vertreterin des Parlaments im Konvent und Mitglied des Konventspräsidiums, die dennoch der britischen Regierung weiter sehr nahe stand, diejenigen, die

---

4 Ebd., S. 3.

5 Ebd., S. 28-32.

6 Menon, a.a.O., S. 49.

7 Ebd., S. 48.

mit ihr im Konvent zusammengearbeitet hatten, mit der Veröffentlichung eines Pamphlets.<sup>8</sup> Dieses beschreibt den Konvent als „durchsetzt mit Unzulänglichkeiten und gestaltet von einer abgehobenen Elite, die weitgehend niemandem Rechenschaft schuldig sei, aber auf ein bestimmtes Ergebnis programmiert worden war“ und gleichzeitig für ein Referendum eintritt, wenn der neue Vertrag zur Ratifizierung vorliegt. Die meisten Beobachter gingen davon aus, dass Stuarts Sicht, die sie so deutlich während des Konvents nicht geäußert hatte, höchstwahrscheinlich von ihrem engen Kontakt zu Tony Blair herrühren könnte und als solche widerspiegelte, dass Ende 2003 der Enthusiasmus der Labour-Regierung für die EU und den Euro nach der Lektüre der Meinungsumfragen sich tief greifend verändert hatte. Das Scheitern des Brüsseler Gipfels wurde so wahrscheinlich nicht mit allzu viel Enttäuschung auf Seiten der britischen Regierung hingenommen, die dennoch scharf auf Kommissionspräsident Prodis Warnung vor der Gefahr eines Europas der zwei Geschwindigkeiten reagierte.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Ende 2002 hielten es viele Beobachter für möglich, dass Tony Blair seine Entscheidung zur Euroeinführung 2003 treffen würde und dann ein Referendum über den Euro noch vor den nächsten britischen Wahlen ansetzen und gewinnen könnte. Die Regierung war übereingekommen, bis zum Juni 2003 ihre Bewertung der fünf ökonomischen Tests zu veröffentlichen, die Finanzminister Gordon Brown eingeführt hatte, um der britischen Entscheidung, den Euro zu übernehmen, eine solide Grundlage zu geben. Im Mai teilte Brown dem Premier mit, dass nach Einschätzung der Schatzkanzlei,<sup>9</sup> die Tests ergeben hätten, dass die Zeit für eine Übernahme des Euro noch nicht gekommen sei. Diese Bewertung, die im Kontext der öffentlich bekannten Rivalität zwischen Tony Blair und Gordon Brown zu sehen ist, überraschte Blair, der zu dieser Zeit voll auf mit dem Krieg im Irak beschäftigt war. Dennoch bestand er darauf, dass Brown die Veröffentlichung solange verschieben sollte, bis er den Bericht allen Mitgliedern des Kabinetts vorgelegt hatte. Trotz dieses letzten Versuchs, Brown und die Schatzkanzlei in ihre Schranken zu verweisen, setzten sie sich schließlich durch und verkündeten im Juni, dass nur einer der fünf Tests bestanden worden sei. Bevor sich Großbritannien Gedanken über eine Euro-Einführung machen könnte, wären Veränderungen im britischen Immobilienmarkt, in den Inflationszielen und den Regeln der Europäischen Zentralbank zusammen mit den verbliebenen vier Tests notwendig. Obwohl Blair noch eine Weile die Fiktion aufrechterhielt, dass das Euro-Referendum noch immer vor den nächsten Wahlen angesetzt werden könnte, war es doch im Herbst sicher, dass dies nicht der Fall sein würde und die Entscheidung wieder einmal aufgeschoben worden war. In jedem Fall legten die Meinungsumfragen nahe, dass ein Referendum über den Euro mit hoher Wahrscheinlichkeit verloren werden würde und dies erklärt deutlich Blairs Meinungsumschwung. Vor dem Hintergrund seiner allgemeinen Unpopularität wegen des Irakkriegs und der Kelly-Affäre war Blair nicht bereit, für Europa weitere Risiken in Kauf zu nehmen. Im September stimmten die Schweden in ihrem Euro-Referendum mit „Nein“. Doch dies hatte keinen Einfluss auf die britische Regierung mehr, da zu diesem Zeitpunkt diese schon jede Hoffnung aufgegeben hatte, die gleiche Frage dem britischen Volk vorzulegen.

<sup>8</sup> Gisela Stuart: *The Making of Europe's Constitution*, Fabian Society 2003.

<sup>9</sup> HM Treasury: *UK Membership of the Single Currency: An Assessment of the Five Economic Tests*, Command 5776, Juni 2003.

Während der Debatte über die Zukunft Europas hatte die britische Regierung deutlich gemacht, dass sie weitere Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Vorschläge Fritz Bolkensteins, dem Binnenmarktkommissar, und Mario Monti, dem Wettbewerbskommissar (in Reaktion auf den Sapir-Bericht, der eine einschneidende Reform des EU-Haushalts gefordert hatte), die regionalen Beihilfen deutlich zu kürzen, voll unterstützen würde. Das britische Ziel war es, das gegenwärtige Haushaltsniveau beizubehalten (und den eigenen Rabatt), aber weniger für Landwirtschaft und Regionalfonds aufzuwenden, umso mehr Geld in anderen Bereichen ausgeben zu können. Dies steht für eine direkte Ablehnung der Position der Kommission, die für ein deutliches Wachstum und die Rücknahme der britischen Rabatte eintritt. Trotz der taktischen Unterstützung Spaniens und Polens bei der Stimmengewichtung, fand die britische Regierung zur Gruppe von Österreich, Deutschland, Frankreich, den Niederlande und Schweden. Diese hatten einen mahnenden Brief zur Haushaltsdisziplin unterzeichnet, der auf den Druck auf die eigenen nationalen Haushalte hinwies, weswegen ein zukünftig großer Nettotransfer (von dem sowohl Spanien wie Polen profitieren) innenpolitisch unmöglich wäre.

Obwohl Kommissar Fischlers Plan einer weiteren Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht zu signifikanten Einsparungen in der Finanzperiode bis 2013 führen würde, erhielt er doch die britische Zustimmung, da er in seiner prinzipiellen Ausrichtung den Briten entgegenkommt und die Subventionen der britischen Farmer wohl nicht antasten wird. In der Frage des Haushaltsrabatts erfuhr die britische Position Unterstützung durch ein französisches Papier, das vorrechnete, dass mit dem Rabatt jeder Brite 800 Euro einzahlen würde, während auf jeden Franzosen 860 Euro kämen – ohne Rabatt jedoch jeder Franzose 790, jeder Brite aber 1.100 Euro aufbringen müsste. Das Papier wertete den Rabatt daher als fair. Einige Sorgenfalten gab es wegen der Befürchtung, die Kommission könnte Einspruch gegen den exklusiven Fernsehvertrag der Premier League mit dem Murdoch-Sender Sky TV erheben, doch der Vertrag wurde wenigstens bis 2007 akzeptiert. Schließlich ist es erwähnenswert, dass die britische Regierung nicht ohne Amusement die französischen und deutschen Schwierigkeiten mit dem Stabilitätspakt beobachtete, waren doch dessen rigiden Regelungen von Gordon Brown immer abgelehnt worden.

### **Außenpolitische Entwicklungen**

Wie oben bemerkt war der Irakkrieg das Thema mit dem größten Einfluss auf die Beziehungen Großbritanniens zur EU. Großbritanniens Entschlossenheit, an der Seite der USA zu kämpfen, spaltete die EU. Diese Spaltung wurde durch die Bemerkungen von US-Verteidigungsminister Rumsfeld über ein „neues“ und ein „altes“ Europa noch vertieft. Obwohl sich die griechische Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte sehr darum bemühte, einen Anschein von Anstand und Einheit unter den EU-Mitgliedern zu wahren, konnte der Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich nicht vollständig übertüncht werden. Es gab Momente, in denen es schien, als würde eine Schlacht stattfinden zwischen den Briten, die für eine Kontinuität der multilateralen Partnerschaft mit den USA eintraten, und den Franzosen, die sich für eine (am Ende französisch geführte?) EU in einer multipolaren Welt als eigenständigen Pol gegenüber den USA aussprachen. Tony Blair sah sich daheim wie bei manchen EU-Partnern dem Vorwurf ausgesetzt, nicht eine Partnerschaft mit den USA zu pflegen, sondern sich der USA zu unterwerfen, was in der EU der Sorge über eine generelle europäische Unterwürfigkeit gegenüber dem wachsenden amerikanischen Unilateralismus Auftrieb gab. Während Blair dabei blieb, dass es seine Aufgabe sei, die EU

der USA und den USA die EU zu erklären und dass sein Handeln darauf abgestimmt war, die US-Position zu dämpfen, nährten die Art und Weise der amerikanischen Kriegsführung und insbesondere die Handhabung der Probleme nach Ende der direkten Kampfhandlungen Zweifel an seiner Fähigkeit, dies zu bewerkstelligen.

Innerhalb der EU versuchte Frankreich, unterstützt, wenn auch vielleicht etwas zögerlich, von Deutschland, die Partner um seine Position zu scharen. Im Frühling gab es einen vergeblichen Versuch von Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland, eine Kerngruppe der ESVP zu diskutieren, die ohne Großbritannien voranschreiten könnte. Tatsächlich ist aber eine ernsthafte Entwicklung innerhalb der ESVP ohne Großbritannien undenkbar. Erst als sich Großbritannien, Frankreich und Deutschland gegen Ende des Jahres arrangierten, konnten Fortschritte im Bereich der ESVP erzielt werden. Trotz ihrer Differenzen hinsichtlich des Iraks arbeiteten die Großen Drei effektiv bei der Entwicklung der ESVP und auch im außenpolitischen Bereich bei der im Vergleich zur USA eher auf Integration setzenden Politik gegenüber dem Iran zusammen. Diese Politik enthielt einen Besuch der Außenminister der „Großen Drei“ im Iran, der in der Zustimmung des Irans resultierte, die Inspektionsbestimmungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) von Atomanlagen zukünftig zu akzeptieren – ein insgesamt pazifistischer und vielleicht effektiverer Weg, mit dem Problem der Massenvernichtungswaffen umzugehen.

Vor dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats von Thessaloniki arbeiteten die Briten eng mit Solana bei der Erstellung der Sicherheitsstrategie der EU zusammen. Der erste Entwurf erwähnte die Möglichkeit präventiver Kriegsführung. Deswegen wurde der Vorwurf laut, der Vorschlag würde zu sehr nach britischer Manier auf die US-amerikanischen Befindlichkeiten eingehen. Der Endversion, die auf dem Brüsseler Gipfel vom Dezember unterzeichnet wurde, waren mehrere von der italienischen Präsidentschaft organisierte Vorbereitungsrounds vorangegangen, in denen britische, französische und deutsche Positionen erfolgreich zu einem ausgewogenen Dokument zusammengebracht werden konnten, das dann allen die Zustimmung erlaubte. Im Laufe des Jahres führte die EU ihre ersten drei militärischen Aktionen in Mazedonien, Bosnien und der Demokratischen Republik Kongo aus. Die Briten nahmen an allen drei Aktionen teil und unterstützten die Idee, die Polizei-Mission in Bosnien so auszuweiten, dass sie die der NATO ersetzen könnte.

Obwohl Großbritannien die US-Position im Irak im Gegensatz zu einigen EU-Mitgliedern unterstützte, fand sich doch Großbritannien bei transatlantischen Differenzen immer auf der Seite der EU wieder – sei es der Friedensprozess im Nahen Osten, die Stahlzölle, die Haltung gegenüber dem Iran, der Treibhauseffekt, die WTO-Gespräche oder der Internationale Strafgerichtshof. Im Nahost-Friedensprozess sah Tony Blair seine Rolle darin, dafür zu sorgen, dass die USA ihr Interesse nicht verlieren und sich weiter auf eine aktive Unterstützung des Friedensprozesses konzentrieren würde. Dabei vertrat er klar eine Position der EU. Gegen Ende des Jahres 2003 trat etwas Ruhe in den EU-internen Streit über die transatlantischen Beziehungen ein. Doch bei einer sich verschlechternden Situation im Irak bleibt Tony Blair dem Risiko ausgesetzt, dass sowohl in der EU wie daheim seine Gegner immer wieder das Verhältnis Großbritanniens zu den USA und zu den EU-Partnern und den sich daraus ergebenden Gegensätzen ansprechen werden.

### Schlussfolgerungen

2003 war zweifellos ein problematisches Jahr für die Beziehung Großbritanniens zur EU. Die Ironie liegt darin, dass die EU in der britischen Öffentlichkeit unpopulärer wurde, während sich die britische Regierung bei den Verhandlungen innerhalb der EU weitgehend durchsetzte. So scheint, obwohl die Entscheidung über den Euro verschoben und Blair allem Anschein nach seine Ambitionen, nämlich die Briten von der Daseinsberechtigung der EU zu überzeugen, aufgegeben hat, doch alles im Sinne der britischen Regierung zu laufen. Selbst die Irakpolitik isolierte Großbritannien nicht. Auch wenn sonst keiner die exponierte Position der Briten einnehmen wollte, standen doch einige der alten 15 Mitglieder und alle Beitrittskandidaten eher an der Seite Großbritanniens und den USA als bei Frankreich und Deutschland. Blairs Schwierigkeiten mit der EU resultierten aus innenpolitischen Entwicklungen und sind nicht im Integrationsprozess selbst begründet.

### Weiterführende Literatur

David Allen: ‚The United Kingdom: A Europeanized Government in a non-Europeanized Polity‘, in Simon Bulmer / Lesquesne, Christian (Hrsg.): *Member States and the European Union*, Oxford University Press, i. E. 2005.

Graham Bishop: ‚Britain and the Euro‘, in: *The World Today*, 59, 6, Juni 2003, S.14-16.

Foreign and Commonwealth Office: *A Constitutional Treaty for the EU: The British Approach to the European Union Intergovernmental Conference 2003*, Command 5934, September 2004.

Andrew Geddes: *The European Union and British Politics*, Palgrave 2004.

Philip Giddings / Drewry, Gavin: *Britain in the European Union: Law, Policy and Parliament*, Palgrave 2004.

Charles Grant: ‚If Britain votes No...‘, *Centre for European Reform bulletin*, Issue 36 Juni/July 2004.

John Gray: ‚Blair’s Project in Retrospect‘, in: *International Affairs*, 80, 1, January 2004, S. 39-48.

HM Treasury: *UK Membership of the Single Currency: An Assessment of the Five Economic Tests*, Command 5776, Juni 2003.

Anand Menon: *Leading From Behind: Britain and the European Constitutional Treaty*, *Research and European Nr. 31*, *Notre Europe*, January 2004.

Gisela Stuart: *The Making of Europe’s Constitution*, Fabian Society 2003.